

Bundeswehr, Taliban und der Krieg in Afghanistan

Von Martin Baraki

8.10.2006 Mit dem 11. September 2001 wurde nicht nur der US-geführte Krieg gegen Afghanistan begründet, sondern er ermöglichte der Bundeswehr sich zum ersten Mal auch außerhalb Europas zu engagieren. Afghanistan wurde somit Türöffner für künftige weltweite Einsätze der deutschen Armee.

Dass die geostrategische Lage Afghanistans für die weltpolitische Ambitionen Deutschlands an Bedeutung gewann, ist jedoch nicht neu. Schon am Anfang des 20. Jhds galt: Damit Deutschland zu einer Weltmacht aufsteigen konnte, musste das britische Imperium fallen. Afghanistan war das Mittel, das Herz des Empire (Indien) zu treffen, das auf dem Landwege nur durch Afghanistan zu erreichen war. "Kaum minder aussichtsreich und gar nicht mehr so entfernt wie man glaubt", so urteilten damals die Strategen, "ist die Zukunft unserer Beziehungen mit Afghanistan. Kabul aber, die Residenz des afghanischen Emirs, liegt vor dem Kaiberpass, dem Tore Indiens!" Mit der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg endete auch dieser Traum. Es dauerte bis 1941 bis Afghanistan wieder ins Visier Deutschlands geriet. Mit Datum 17. Februar 1941 steht folgende Notiz im Kriegstagebuch des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht: "Der Führer wünsche die studienmäßige Bearbeitung eines Aufmarsches in Afghanistan gegen Indien im Anschluss an die Operation „Barbarossa“". Nach Auffassung Hitlers war "Afghanistan die Rolle eines wichtigen Stützpunktes in den strategischen Plänen zur Eroberung Indiens und der Länder Südasiens zu [gedacht]". Auch dieser Anlauf scheiterte bekanntlich.

Unmittelbar nach dem 11. September 2001 wurde auf einer Sondersitzung der NATO der Bündnisfall erklärt. Deutschland spielte dabei eine Vorreiterrolle. Die Enttäuschung war umso größer als die Bush-Administration keinen Wert darauf legte, die Bundeswehr am Krieg zu beteiligen. Bundeskanzler Schröder eilte nach Washington, um ihren Einsatz doch noch zu erwirken. Schon während des Krieges gegen Afghanistan wurde eine Konferenz auf dem Petersberg einberufen, in deren Verlauf eine provisorische Regierung für Kabul gebildet wurde. Da diese fremdbestimmte Administration keinerlei Legitimation und ebenso wenig Akzeptanz bei der großen Mehrheit der afghanischen Bevölkerung genoss, wurde zu ihrem Schutz im UNO-Auftrag die „Schutztruppe“ International Security Assistance Force (ISAF) nach Kabul abkommandiert. Die Bundeswehr beteiligte sich daran mit 1200 Mann. Anfang Januar 2002 wurden die ersten 200 Soldaten Richtung Kabul in Marsch gesetzt. Im Mai 2006 gehörten zum deutschen ISAF-Kontingent bereits 2600 Soldaten. Damit ist Deutschland führend.

Zunächst war die ISAF-Truppe auf Kabul beschränkt gewesen, doch irgendwann muss ja aus „Kabulistan“ Afghanistan werden, wenn auch unter NATO-Kommando. Dafür hat man sich in der NATO-Zentrale die Strategie der Provincial Reconstruction Teams (PRT) ausgedacht, dadurch sollten angeblich zivile Helfer geschützt werden. Matthias Schüth von Caritas International warnte vor den Folgen eines Militäreinsatzes, der ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die zivilen Mitarbeiter sein werde. „Ich will mich nicht von der Bundeswehr schützen lassen“, betonte auch Stefan Recker von der Deutschen Welthungerhilfe, der zuvor schon fünf Jahre im Land gearbeitet hatte. Die Gesellschaft für Bedrohte Völker nannte den Einsatz im nordafghanischen Kundus gar „blinden Aktionismus“. Fast alle NGOs lehnten eine Erweiterung des Bundeswehreinsatzes, wie er seit dem 24. Oktober 2003 unmittelbar nach dem Bundestagsbeschluss begonnen hat, absolut ab, sie

wollten mit den Militärs nicht in Verbindung gebracht und dadurch zu Opfern von Terroranschlägen werden.

Die Bundeswehr sollte zunächst im Rahmen der PRT in Herat und Tscharikar stationiert werden, schließlich wählte man Kundus und später Faisabad aus. Der Warlord von Herat, Hauptmann Mohammad Ismael Khan, hatte deutlich zu erkennen gegeben, dass „deutsche Soldaten nicht willkommen seien“.

Nachdem am 11.8.2003 das Kommando der ISAF hochoffiziell von der NATO übernommen wurde, als ob es die UNO nicht mehr gegeben hätte, bereitete die westliche Militärorganisation ihren Einsatz in ganz Afghanistan vor, und der Einsatz von 450 Bundeswehrsoldaten in Kundus war am 6.10.2003 bezeichnenderweise auch von der NATO beschlossen worden, wie WDR5 aus Brüssel berichtete. „Grundgedanke der Wiederaufbauteams war, Afghanistan mit einem flächendeckenden Netz von Stabilitätsinseln zu überziehen“, stellte Bernhard Gertz, Leiter des Deutschen Bundeswehrverbandes, fest. Beabsichtigt wurde, die Warlords zunächst in Schach zu halten aber langfristig zu entmachten und nicht, wie offiziell angegeben, der Schutz ziviler Helfer. Ganz Afghanistan sollte bis Ende 2006 unter die Kontrolle der NATO gebracht werden, wie der ehemalige sozialdemokratische türkische Außenminister und NATO-Repräsentant in Kabul, Hikmet Cetin, und US-General James Jones, Befehlshaber der NATO in Europa, unisono bestätigten. Schon im Sommer 2004 bekannte ihr Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer: „Afghanistan ist Priorität Nummer eins“ und „Wir erweitern das Einsatzgebiet der ISAF“. Die NATO entschied eigenmächtig die Ablösung der UN mandatierten ISAF, die völlige Besetzung des Landes und die Aufteilung Afghanistans in vier etwa gleich große Sektoren unter die Besatzungsmächte. Die Deutschen erhielten Nordafghanistan, wo sie in Masare Scharif den größten zentralen Stützpunkt der Bundeswehr außerhalb Deutschlands errichten, der über Afghanistan hinaus für internationale militärische Einsätze von Bedeutung sein wird. Damit will sie sich auch von ihrem bisherigen Stützpunkt im usbekischen Termes unabhängig machen. Im Juli 2006 waren schon 2850 deutsche Soldaten in Afghanistan im Einsatz und bis Ende 2006 soll deren Zahl nochmals erhöht und 1700 von ihnen in Masare Scharif stationiert werden. Nur im strategischen Kontext ist das stärkere Engagement der Bundeswehr am Hindukusch zu verstehen.

Ob es uns Afghanen gefällt oder nicht, Afghanistan bleibt auf absehbare Zeit ein NATO-Protectorat. Gerade dadurch wird nicht nur die Grundlage der afghanischen Wirtschaft zerstört, sondern verschlechtert sich die Sicherheitslage zusehends. So explosiv wie heute war sie seit Ende des Taliban-Regimes nicht mehr. Attentate und Angriffe nehmen ständig zu. In der ersten Hälfte des Jahres 2006 wurden schon so viele Anschläge verübt wie im letzten Jahr insgesamt. Dabei kamen über 1300 Zivilisten, 84 Besatzungssoldaten, darunter 30 aus USA und mehrere Hundert Taliban (genau werden diese nicht gezählt) ums Leben.

Zuvor sprachen die Besatzungsmächte immer von „versprengten Taliban“, seit Beginn ihrer Offensive im Frühjahr, wodurch die Taliban die Provinzen im Osten und Süden Afghanistans unter ihre Kontrolle brachten, wird deutlich, dass es sich um eine kampffähige und zähe Organisation handelt. Ansonsten hätte die NATO nicht seit Mitte Mai 2006 ihre Operation „Mountain Thrust“ (Gebirgsvorstoß) eingeleitet, die mehrere Monate dauern soll. „Es geht im besonderen Maß darum, Bedingungen herzustellen, mit denen die afghanische Regierung ihre Autorität in Regionen ausdehnen kann, in denen sie bislang keine Präsenz hat“, erklärte Tom Collins, ein Sprecher der NATO-Truppen in Kabul. Bei dieser Operation werden mehr als 10 000 Soldaten eingesetzt, und der US-Botschafter in Kabul, Ronald Neumann, spricht von einem „blutigen Sommer“ am Hindukusch. Die Rüstungskonzerne freuen sich darüber, denn „der Afghanistankrieg hat die Waffenarsenale an mancher Stelle weitgehend geleert“, wie ein Experte schon 2002 feststellte. Die permanenten US-Operationen hatten zur Folge, dass die Firma Boeing die Schicht für die Produktion von JDAM-Präzisionssystemen für die „smart

bombs“ ausweiten musste. Afghanistan ist längst Übungs- und Testplatz für NATO-Truppen und die neuesten Waffen.

Die US- und britische Armee bombardieren gnadenlos afghanische Dörfer, wodurch Präsident Karsai in Erklärungsnot gerät. Daher wird er weder von den Politikern, noch von der Bevölkerung ernst genommen. Seine immer wieder erneuerten Appelle, die US-Armee möge weniger Ortschaften bombardieren, klingen in den Ohren der Afghanen wie Hohn. Weil in den von den Taliban beherrschten Regionen von Wiederaufbau nichts zu spüren ist, verzweifeln die Menschen, wenn sie auch noch den Rest ihrer Lebensgrundlage verlieren. Wenn hier nicht bald bezüglich der Versorgung der Bevölkerung etwas geschieht, werden sich die Dorfbewohner „noch mehr im Stich gelassen“ fühlen und sich den Taliban zuwenden, moniert ein führender Mitarbeiter der NATO, der nicht namentlich genannt sein wollte. Genau hier liegt das Erfolgsrezept des Widerstandes. „Tagsüber halten Volk, Polizei und Armee zur Regierung, nur nachts zu Taliban und Al-Qaida“, bestätigt ein Beobachter vor Ort. Obwohl Hunderte von ihnen umgebracht werden, haben sie noch genügend Kämpfer und Ausdauer. „Die Amerikaner haben die Uhren, wir haben die Zeit“ ist bei ihnen zum geflügelten Wort geworden. Der Kabuler Verteidigungsminister Abdul Rahim Wardak redet sich Mut zu, wenn er verkündet, dass der Taliban-Aufstand bald beendet sein wird. Die Politiker wollen nicht wahrhaben, dass nicht die Taliban, sondern die Besatzungsmächte das eigentliche Problem Afghanistans sind. Trotzdem wird Afghanistan von der NATO als ein Erfolgsprojekt angesehen. Eine Regierungsmannschaft wurde gebildet, zu über 50% aus American Afghans bestehend, den Rest stellen Euro-Afghanen und einige willfähige Warlords, wobei die Entscheidungskompetenz bei den US-Beratern liegt, die ausnahmslos in allen Ämtern präsent sind.

Zwischen 2002 und 2005 sind mehrere Wahlprozeduren durchgeführt worden, wobei Drohung, Gewalt, Mord und Stimmenkauf die Regel waren. Die New York Times charakterisierte die Art und Weise, wie diese Wahlen zustande gekommen sind, als „plumpe amerikanische Aktion.“

Aber trotz der massiven Präsenz der ausländischen Schutztruppen findet ein Wiederaufbau kaum statt. Die Arbeitslosigkeit beträgt landesweit 75%, mancherorts sogar 90%. Viele der Flüchtlinge aus Pakistan und Iran, die im Rahmen des kostspieligen UN-Rückkehrprogramms repatriert werden, kehren jedoch zurück, weil sie in Afghanistan weder eine Arbeit noch ein Unterkunft finden können. Auch die im Rahmen der Demobilisierung freigesetzten 50 000 Kämpfer der Warlords finden keine Arbeit und sind zu einem Faktor von Destabilität, Kriminalität und Unruhe geworden. Sie gehen entweder zu ihrem Warlord zurück oder schließen sich den Taliban bzw. der Al Qaeda an. Die Bildung der Nationalarmee mit angepeilten 75 000 Mann geht nur schleppend voran, sie kommt nach fast fünf Jahren gerade auf 25 000 Soldaten. Mit der Reform der Polizei „sollte der miserable Ruf der notorisch korrupten Gesetzeshüter verbessert“ werden, um den Einfluss der schwachen Kabuler Administration zu vergrößern. Karsai beließ jedoch 10 von 34 Polizeikommandanten in den Provinzen auf ihren Posten, zwei weitere wurden lediglich versetzt, u.a. auch der Polizeichef der Provinz Badachschan, einer ausgewiesenen Drogenhochburg. Er war in einem internen Nato-Bericht als derjenige beschrieben worden, dessen „Amtsmissbrauch“ sowie „kriminelle Verstrickung“ bekannt ist. In einem vertraulichen Bericht der Bundesregierung wird festgestellt, dass der Wiederaufbau nicht vorangebracht werden kann, denn der Partner für die Aufbauhelfer ist die der „organisierten Kriminalität zugeneigte Polizeiführung“, die von der BRD ausgebildet wird. Hinzu kommen noch die ehemaligen Modjahedin-Kommandanten, die jetzt hohe politische Ämter innehaben und die angestrebten Reformen blockieren. Karsai hat sie ins Boot geholt, da er auf sie angewiesen ist. Wegen der sich täglich verschlechternden Sicherheitslage verstärkt sich ihre Position noch weiter. Auch den Taliban hat er mehrfach

Angebote zur Mitarbeit unterbreitet. Am 19. Juli 2006 verkündete Karsai sogar, das berüchtigte Sittenministerium der Taliban wieder einzuführen.

Da die Bundeswehr jetzt in gesamten Norden Afghanistans als Besatzungsmacht fungiert, ist sie schon mehrfach zur Zielscheibe des Widerstandes geworden. Am 27./28 Juni wurden auf sie in Kundus binnen wenigen Stunden zwei Anschläge verübt und am 9. Juli 2006 auf das deutsche Feldlager Camp Warehouse in Kabul, wo 900 Soldaten stationiert sind, drei Panzerfaustgranaten abgefeuert sowie auf das Feldlager in Faisabad zwei Raketen abgeschossen; am 13. Juli folgten am Bundeswehr-Standort Masare Scharif zwei weitere Bombenanschläge. Daraufhin hat Verteidigungsminister Franz Josef Jung für weitere Patrouillenfahrten nur noch schwer gesicherte Geländewagen, die 8,4 Tonnen schweren panzerähnlichen Dingo-Fahrzeuge vorgeschrieben. Dadurch wird das Auftreten der Bundeswehr „nun martialischer“, und das bis dahin verfolgte „Konzept des lächelnden Soldaten“ und ein „betont ziviles Auftreten“ zunichte. Der Widerstand nutzt diesen Umstand in seinem Sinne, und durch die Verwicklung der Bundeswehr in die Kämpfe können die Menschen nicht mehr an das Märchen der Friedenstruppe glauben. Die Bundeswehr entpuppt sich dann als Besatzer, der Kampfeinsätze durchführt. Weil die Dorfstraßen für diese schwergewichtigen Dingos nicht befahrbar sind, können die deutschen Soldaten allerdings zwei Drittel ihrer Operationsgebiete nicht mehr erreichen. Das bedeutet dort für die Taliban freie Bahn.

Ab 2007 wird es zu einem gemeinsamen Oberbefehlshaber und einer gemeinsamen Führungsstruktur von ISAF und der US-geführten Operation Enduring Freedom kommen. Dann gibt es nur noch eine einheitliche Kampftruppe der Besatzungsmacht NATO unter US-Führung.

Der Militäreinsatz kostete nach offiziellen Angaben vor der Ausweitung des NATO-Einsatzes auf ganz Afghanistan wöchentlich über 100 Mio. € das Kommando Spezialkräfte (KSK), das von Beginn an in Afghanistan operierte, nicht eingerechnet. Mit einem Bruchteil dieses Geldes könnte ein in mehrfacher Hinsicht nachhaltiges Wiederaufbauprogramm realisiert werden, wodurch das Land stabilisiert und die Sicherheit verbessert werden könnten. Eine militärische Lösung kann es nicht geben, ausgenommen, das Protektorat wird als Lösung deklariert.